

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861



freitag, 22. oktober 1971

blatt 3007

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:
kohlmarkt wieder befahrbar

6 wien, 22.10. (rk) der kohlmarkt wird den wiener autofahrern voraussichtlich ab dienstag frueh wieder zur verfuegung stehen. sollten jedoch gewisse arbeiten, die mit der installierung der lichtsignalanlagen am michaelerplatz in zusammenhang stehen, doch nicht termingerecht fertiggestellt werden, wuerde sich der zeitpunkt der verkehrsfreigabe des kohlmarktes um einen tag verschieben.

ansonsten gibt es im lauf der kommenden woche keine wesentlichen neuen bauarbeiten im bereich der wiener strassen.

1026

barackenbrand bei der praterbruecke
Zwei jugoslawische Gastarbeiter erlitten Verbrennungen

4 wien, 22.10. (rk) donnerstag um etwa 17 uhr holte der magazineur eines baulagers der arge autobahnknoten prater, das sich auf der erdberger laende befindet, eine propangasflasche aus dem magazin. ploetzlich loeste sich das flaschenventil und es kam zu einer explosion, die einen brand ausloeste. waehrend sich der magazineur unverletzt in sicherheit bringen konnte, erlitten zwei jugoslawische gastarbeiter, franz t u j i c und jakobi n a c i m , schwere verbrennungen.

als die feuerwehr eintraf, standen eine 120 quadratmeter grosse wohnbaracke jugoslawischer gastarbeiter, ein 60 quadratmeter grosses lagergebäude und eine kleine bauhuette bereits in flammen. die feuerwehr konnte nur mehr ein uebergreifen der flammen auf die angrenzenden bueroraeume verhindern sowie zwei propangasflaschen, zehn barrels mit dieseloel und zwei baumaschinen aus dem gefahrenbereich bergen. erst nach sechs stunden waren die letzten glutnester beseitigt.

die beiden verletzten gastarbeiter, die von kollegen in sicherheit gebracht worden waren, wurden von der rettung in das arbeiterunfallkrankenhaus in der webergasse transportiert.

brand in blumengeschaeft

ebenfalls donnerstag abend entstand im ebenerdigen blumengeschaeft im hause wien 18, anastasius gruen-gasse 6, aus unbekannter ursache ein brand. von den flammen wurden auch das angrenzende gasthaus und zwei wohnungen beschaedigt. wegen der ausserordentlich starken rauchentwicklung mussten die feuerwehrmaenner schweren atemschutz anlegen und die hausparteien auffordern, die raucherfuellten gaenge nicht zu betreten und die wohnungsfenster zu oeffnen. das geschaeftslokal brannte voellig aus.

oesterreich-wochen in zuerich eroeffnet

1 wien, 22.10. (rk) die in fuenf staedten der schweiz veranstalteten 'oesterreich-wochen' begannen donnerstag mit der eroeffnung einer umfangreichen verkaufsausstellung oesterreichischer waren im zuercher grosskaufhaus jelmoli. die stadt wien stellte dazu neben fotomontagen ihr fast 30 quadratmeter grosses wien-modell zur verfuegung, das im masstab 1 : 500 alle baukuenstlerisch bedeutenden bauten der innenstadt beleuchtet zeigt, es stellt eine wertvolle ergaenzung der oesterreich-ausstellung der fremdenverkehrswerbung dar. ein wien-quiz des fremdenverkehrsverbandes fuer wien, das dieser zusammen mit den austrian airlines veranstaltet, soll dazu beitragen, das interesse der taeglich etwa 40.000 jelmoli-kunden zu erwecken.

vor zahlreich erschienen ehrengaesten - unter ihnen der zuercher stadtpraesident dr. w i d m e r - und journalisten wiesen der praesident der bundeskammer der gewerblichen wirtschaft, abg. ing. s a l l i n g e r, und der direktionspraesident des jelmoli-konzerns, josef z u m s t e i n, auf die bedeutung der wirtschaftsbeziehungen zwischen oesterreich und der schweiz hin. stadtrat p f o c h ueberbrachte unter hinweis auf die vor einer woche eroeffneten ueberaus erfolgreichen 'wiener wochen' in bern die gruesse der stadt wien.

stadtrat pfoch wird sich samstag in die wiener ausstellung nach bern begeben, wo bereits der 15.000 besucher erwartet wird.
0858

bezirksvertretungssitzungen in der kommenden woche

2 wien, 22.10. (rk) in der kommenden woche finden folgende bezirksvertretungssitzungen statt:

mittwoch, 27. oktober, 18.15 uhr, innere stadt, 1, wipplingerstrasse 8, stiege 1, festsaal.

donnerstag, 28. oktober, 18 uhr, favoriten, 10, keplerplatz 5, traueungssaal.

0859

naechste woche gewista-ausstellung

3 wien, 22.10. (rk) die firma gewista feiert ihr 50-jahr-jubilaem mit einer grossen ausstellung. kommenden freitag wird diese ausstellung in der volkshalle des wiener rathauses der presse vorgestellt.

geehrte redaktion !

zu der pressekonferenz anlaesslich des gewista-jubilaems laden wir sie herzlich ein.

zeit: freitag, 29. oktober, 10.30 uhr.

ort: rathaus, volkshalle.

0904

ab 1. jaenner neue fuersorgerichtsaeetze

5 wien, 22.10. (rk) ab 1. jaenner 1972 treten neue erhoehete richtsaetze in der oeffentlichen fuersorge in kraft. das neue landesgesetzblatt fuer wien enthaelt die diesbezugliche verordnung der wiener landesregierung.

das landesgesetzblatt ist um einen schilling im drucksortenverlag der stadthauptkasse, 1, rathaus, stiege 7, hochparterre, und in der oesterreichischen staatsdruckerei - wiener zeitung, 3, rennweg 12 a erhaeltlich.

0928

preisguenstige gemuese- und obstsorten

7 wien, 22.10. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 3.50 schilling, karotten 4 schilling, weisskraut 3.50 bis 4 schilling je kilogramm, hauptelsalat 2.50 bis 3 schilling je stueck.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 7 bis 8 schilling, weintrauben 5 bis 7 schilling, zwetschken 7 schilling je kilogramm.

1051

Wiener Landtag

=====

Wien, 22.10. (RK) Freitag um 10 Uhr eröffnete Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer die erste Herbstsitzung des Wiener Landtages, auf deren Tagesordnung fünf Punkte stehen. Von der DFP wurde eine Anfrage eingebracht, von der ÖVP ein Antrag auf Novellierung des Behindertengesetzes. Die FPÖ hat eine Anfrage wegen der Pensionsregelung für die Mitglieder des Wiener Stadtsenats eingebracht und deren Verlesung und Besprechung beantragt. Darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden.

Drei neue Bundesräte

Bei der Nationalratswahl am 10. Oktober wurden die drei Wiener Bundesräte Dr. Erika Seda, Dr. Hermann Schnell und Dr. Edgar Schranz (alle SPÖ) in den Nationalrat gewählt. Sie haben deshalb ihr Bundesratsmandat zurückgelegt. Als Ersatzmann rückt Fritz Prechtl nach, außerdem wurden vom Landtag Univ.-Doz. Dr. Alfred Gisel und Prof. Dr. Hilde Hawlicek neu in den Bundesrat gewählt. Als neue Ersatzmänner wurden Josef Windisch, Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal und Herbert Dinhof gewählt. Alle Wahlen wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP durchgeführt.

Das Bezirksgericht Tulln hat darum ersucht, den Abgeordneten Stockinger wegen des Verdachts der Übertretung der Gefährdung der körperlichen Sicherheit auszuliefern. Grund der Untersuchung ist ein Verkehrsunfall am 20. Mai in Zwentendorf, bei dem eine Frau verletzt wurde. Wie Abg. Windisch als Berichterstatter mitteilte, hat Abg. Stockinger selbst um seine Auslieferung ersucht, die daraufhin vom Landtag einstimmig genehmigt wurde.

Personalgesetz

Landeshauptmann-Stellvertreter Bock (SPÖ) legte eine Änderung des Ruhe- und Versorgungszulagengesetzes vor. Nach diesem Gesetz mußten bisher Bedienstete, die vor dem 1.12.1965 aus dem Gemeindedienst ausgeschieden sind, bis zum 31.12.1970 Anträge auf Gewährung der Ruhegenußzulage einbringen. Da auch nach diesem Termin noch Anträge gestellt wurden, sieht die Gesetzesänderung nun eine Fristerstreckung bis 31.12.1971 vor. ./.

Auch nach diesem Termin können noch Anträge eingebracht werden, denen dann allerdings keine rückwirkende Bedeutung mehr zukommt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen .

Gemeinderatswahlordnung

Einstimmig verabschiedete der Landtag sodann eine Änderung der Wiener Gemeinderatswahlordnung, die bekanntlich auch für die Wahl des Landtages gültig ist. Als Berichterstatter wies Stadtrat Dipl.-Kfm. Alfred Hintschig (SPÖ) darauf hin, daß die Änderung der Gemeinderatswahlordnung auf Grund der Bundesverfassung deshalb notwendig werde, weil die Nationalratswahlordnung 1971 gegenüber der bisherigen Regelung eine Änderung gebracht habe und die Gemeinderatswahlordnung nicht enger gefaßt sein dürfe als die Nationalratswahlordnung. Im wesentlichen handle es sich dabei um die Wahlausschließungsgründe, die nun weniger eng gefaßt seien als bisher. Hintschig erwähnte noch, daß im Zuge des Begutachtungsverfahrens von der Wiener Handelskammer die Einführung der Briefwahl angeregt worden sei.

Als einziger Debattenredner nahm der freiheitliche Abgeordnete Dr. Erwin Hirnschall zu dem Gesetzentwurf Stellung: er halte es für nicht sehr erfreulich, daß in der neuen Nationalratswahlordnung der Ausschluß vom Wahlrecht bloß auf rechtmäßige Verurteilungen wegen eines Verbrechens beschränkt sei. Bisher hätten auch Verurteilungen wegen Übertretungen, etwa wegen Diebstahls oder wegen mehrmaliger Trunkenheit zu einem zeitweiligen Ausschluß vom Wahlrecht geführt. Positiv wertete der Redner, daß künftig die Wahlkarten freizügig ausgegeben werden. Zum Problem der Briefwahl meinte Hirnschall, er glaube, daß eine solche Neuerung gar nicht vom Landtag beschlossen werden könnte, weil zuvor eine Änderung der Bundesverfassung notwendig würde, und zwar deshalb, weil derzeit ausdrücklich die persönliche Stimmabgabe vorgeschrieben sei. Abschließend beklagte es der Redner, daß durch diese Änderung der Gemeinderatswahlordnung noch nicht die Gleichgewichtigkeit aller Stimmen, wie sie nun in der Nationalratswahlordnung erheblich deutlicher als früher vorliege, erreicht werde. ./.

Er glaube jedoch, daß zufolge des Ergebnisses der Volkszählung 1971 zumindest in einem - möglicherweise sogar in zwei, Bezirken nur noch ein Gemeinderatsmandat zur Vergabe gelange und Einerwahlkreise mit dem Verhältniswahlrecht nicht in Einklang zu bringen seien. Daher zeichne sich seiner Meinung nach bereits eine nächste Novellierung der Wiener Gemeinderatswahlordnung ab.

Im Schlußwort wies Stadtrat Hintschig darauf hin, daß es diesmal lediglich um eine Anpassung gehe und daß eine eventuelle neue Gebietseinteilung bei der Wiener Gemeinderatswahl eine politische Entscheidung sei, die den Fraktionen des Wiener Landtages obliege.

Unvereinbarkeitsausschuß

Als letzten Tagesordnungspunkt behandelte der Landtag einen Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses, den Abgeordneter Rudolf Beňar (SPÖ) vortrug. Dabei ging es um die Zustimmung für einige Mitglieder der Landesregierung und des Landtages bei der Ausübung von Aufsichtsratsmandaten.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Dringliche Anfrage

Eine dringliche Anfrage der FPÖ an den Landeshauptmann befaßte sich mit den Politikerpensionen. Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) begründete die Dringlichkeit mit der starken und andauernden Kritik der österreichischen Öffentlichkeit an der Regelung der Ruhegehälter für Mitglieder der Wiener Landesregierung.

Abstimmung über Verlesung und Besprechung der Anfrage: einstimmig angenommen. Gleichzeitig Mitteilung durch Präsident Dr. Stemmer, daß der Landeshauptmann die Anfrage noch in dieser Sitzung beantworten werde.

In der Besprechung der Anfrage wiederholte Dr. Hirnschall den Kernsatz des Anfragetextes, ob der Landeshauptmann bereit sei, in der Frage der Pensionen eine "vernünftige Neuregelung" dadurch einzuleiten, daß er ein Gutachten der (vom Bundeskanzler eingesetzten) "Privilegienkommission" einhole.

Abg. Joachim Müller (DFP) erklärte, seine Fraktion sei von der Pensionsregelung sehr überrascht gewesen. Hier bestehe eine schwere Diskrepanz zwischen den Politikern und den Werktätigen Wiens.

Stadträtin Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) bekannte sich namens ihrer Fraktion zur "ständigen Rechenschaft gegenüber der Öffentlichkeit" und wies besonders die Hirnschall-Formulierung von den "Geheimbeschlüssen" zurück. Jede Einzelheit der Pensionsregelung sei durch Gesetzesbeschlüsse gedeckt, Beschlüsse übrigens, bei deren Fassung von einer Kritik der FPÖ nichts zu hören gewesen sei. Frau Dr. Schaumayer deklarierte die Anfrage als Fortsetzung der Wahlpropaganda der Freiheitlichen Partei. Ihre Fraktion sei jederzeit zu einer profunden Diskussion über den Stellenwert des Politikers in der Öffentlichkeit bereit.

Abg. Dr. Albert Schmidt (FPÖ) erklärte, Frau Dr. Schaumayer habe die von Dr. Hirnschall genannten Zahlen nicht widerlegt.

Abg. Franz Schreiner (SPÖ) betonte, sein Motiv für die Zustimmung zur Besprechung der Anfrage sei gewesen, daß dadurch Mißverständnisse und Unklarheiten beseitigt werden könnten. Schreiner zitierte die verschiedenen Rechtsgrundlagen der derzeitigen Regelung (Gemeinderatsbeschuß 1960, Landesgesetz 1965) und schilderte auch, daß durch diese Regelung so gut wie alle anderen Einkünfte der aktiven Wiener Landespolitiker mit Ausnahme ihrer bekannten Bezüge unmöglich gemacht würden. Die Aufwandsentschädigungen wieder müsse man im Lichte des Umstandes sehen, daß die Mitglieder der Landesregierung alle Einkünfte abzuführen hätten, die ihnen etwa aus Funktionen in irgendwelchen Körperschaften oder Organisationen entstünden.

Schreiner ging auch auf die Basis für die Berechnung der Ruhensbezüge ein. Die Position des Wiener Landesamtsdirektors und Magistratsdirektors sei sowohl nach Art und Umfang der Aufgaben als auch nach der Zahl der ihm unterstellten Bediensteten mit keiner anderen Position innerhalb der österreichischen Beamtenschaft zu vergleichen.

Durch die herrschende Lage (Steuerfreiheit für aktive Politiker, aber Besteuerung ihrer Ruhensbezüge) würde sich für den im Ruhestand befindlichen Politiker - etwa den Vizebürgermeister - nun eine Schlechterstellung gegenüber dem pensionierten Landesamtsdirektor ergeben. Der Vermeidung einer solchen Schlechterstellung diene die in Kraft stehende Regelung der Ruhensbezüge für Politiker.

Die Antwort

Bürgermeister Slavik stellte in seiner Anfragebeantwortung einleitend fest, daß er nicht nur von den Zeitungen, sondern auch von seinen Parteifreunden aufgefordert worden sei, noch vor den Wahlen zu den aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Er habe dies jedoch unterlassen, um nicht mitzuhelfen, die Auseinandersetzungen auf einem unwürdigen Niveau zu halten.

Der Vorwurf, er und seine Freunde hätten es sich "gerichtet", geht daneben. Er, Slavik, wurde am 21. 12. 1970 zum Bürgermeister gewählt, alle die Gehälter und Pensionen betreffenden Beschlüsse wurden jedoch schon vorher gefaßt. Es handelte sich auch keineswegs um Geheimbeschlüsse. Die Beschlüsse erfolgten 1960 im Gemeinderat und 1965 im Landtag in öffentlicher Sitzung. Der Ministerrat, dem die Beschlüsse vorgelegt werden mußten, sah keinen Grund zur Kritik.

Auf Grund der im Gemeinderat und im Stadtsenat gefaßten Beschlüsse beschäftigte sich am 7. Juli 1970 der Stadtsenat mit den Gehaltszulagen der Beamten.

Der Bezug des Landesamtsdirektors ist der Maßstab für alle anderen Gehälter. So beträgt beispielsweise der Gehalt des Kontrollamtsdirektors 90 Prozent, der eines Direktors der Stadtwerke 40 Prozent der Bezüge des Magistratsdirektors.

Der Wiener Magistratsdirektor und Landesamtsdirektor kann seiner Funktion nach mit keinem anderen Beamten Österreichs verglichen werden. Der Wiener Magistratsdirektor steht rund 70.000 bei der Stadtverwaltung oder in privatwirtschaftlich geführten Unternehmen beschäftigten Personen

vor. Das ist ein Beschäftigtenstand, den kein Privatbetrieb erreicht, Vergleichsmöglichkeiten gäbe es nur mit ÖIAG oder ÖBB.

Man dürfe nie vergessen, unterstrich Bürgermeister Slavik, daß Abgeordnete zum Nationalrat ihre Bezüge neben ihren Gehältern als Selbständige oder als Beamte beziehen. In Wien gibt es für Landtagsabgeordnete und Gemeinderäte keine Nebenbezüge. Wenn ein Gemeinderat Mitglied eines Aufsichtsrates ist, werden die Bezüge als Aufsichtsrat an die Stadtkasse abgeführt.

Nachdem Slavik festgestellt hatte, daß sein Gehalt als Bürgermeister 42.000 S beträgt, kam er auf die Pensionsregelung zu sprechen, die seit 1890 im wesentlichen gleich geblieben sei. Er bezeichnete es als unwürdig, die finanzielle Sicherung eines pensionierten Bürgermeisters davon abhängig zu machen, ob für ihn ein Posten in irgend einem Aufsichtsrat gefunden wird.

Von einem politischen Funktionär können hohe Leistungen für die Allgemeinheit nur dann gefordert werden, wenn er nicht abhängig ist. Daher müsse er so bezahlt werden, daß seine Unabhängigkeit gewahrt bleibt. Der Politiker hat auch nicht 42 Stunden in der Woche zu arbeiten, sondern steht zeitlich unbeschränkt zur Verfügung.

Die Forderung, die Privilegienkommission mit dem Fragenkomplex zu befassen, lehnte Slavik ab mit der Begründung, daß autonome Rechte Wiens nicht weggegeben werden dürfen. Die Landesregierung sei jedoch beauftragt, sich mit der neuen Gehaltsregelung beim Bund zu befassen, um festzustellen, ob etwa Änderungen für Wien notwendig seien. Abschließend betonte Bürgermeister Slavik, daß er für eine einheitliche Regelung in Österreich sowie für die Abschaffung aller steuerlichen Privilegien für Politiker sei.

Damit war die Anfrage beantwortet. Präsident Dr. Stemmer schließt die Sitzung

(Ende des Landtages)

Gemeinderat
=====

Wien, 22. 10. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Slavik. Es lagen neun Anfragen der DFP, drei der FPÖ und vier der ÖVP vor. Folgende DFP-Anträge wurden eingebracht: Intensivere Betreuung der Naturwachtorgane: Einsatz einer fliegenden Kommission zur Überprüfung von ungebührlicher Lärmentwicklung oder Rauchbelästigung; Auflage von Formularen für die Wiener Dienstgeberabgabe; laufende Verhandlung des Gesetzentwurfes über eine neue Wiener Bauordnung.

Ein Antrag der FPÖ betrifft die Einführung der Peter Pelikan-Briefe für junge Mütter.

Von der ÖVP wurden vier Anträge eingebracht: Bericht über Vorgänge bei der Wiener Hafenbetriebs-Ges. m. b. H.; öffentliche Einsichtnahme in Unterlagen über städtische Bauvorhaben; Baumpflanzungs(Grünflächen)-Aktion in dicht verbauten Stadtgebieten; Änderung der Beförderungsrichtlinien bei den Wiener Verkehrsbetrieben. Die Bezirksvertretung 18 hat an den Wiener Gemeinderat einen Antrag gerichtet, Maßnahmen gegen die Verunreinigung der Luft am Gertrudplatz zu treffen.

Wahlen:

Die bisherigen Mitglieder des Beirates des Wiener Wohnbaufonds, die jeweils auf zwei Jahre gewählt werden - die letzte Wahl erfolgte 1969 - wurden für diese Funktion mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP wiedergewählt. Für ein verstorbenes Mitglied wird Dkfm. Dr. Alois Nußbaum (ÖVP) gewählt.

Die vorgeschlagenen 23 Mitglieder der Gemeinderätlichen Personalkommission wurden ebenfalls mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gewählt.

GR Ascherl (SPÖ) referierte über eine neue Volksschule in der Vorgartenstraße. In diesem Teil der Leopoldstadt sind zahlreiche neue Wohnbauten errichtet worden, die den Bedarf nach Schulraum erhöht haben. Die neue Volksschule soll acht

Klassen mit den nötigen Nebenräumen, eine Schulwartwohnung, eine Zentralgarderobe, einen Turnsaal, eine Pausenhalle, einen Pausenhof und einen Spielplatz umfassen. Sie wird aus Fertigteilen mit einem Kostenaufwand von 20,3 Millionen Schilling gebaut.

GR Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) erklärte, daß die Koordination zwischen Wohnungs- und Schulbau mangelhaft sei. Der heutigen Sitzung liegen acht Anträge auf Schulbauten oder -erweiterungen vor, die reichlich spät in Angriff genommen werden, weil in den betreffenden Gebieten schon seit längerer Zeit der Unterricht nur unter schwierigen, zum Teil unerträglichen Bedingungen abgehalten werden kann. Eine halbleere Schule hat noch niemand geschadet, während überfüllte Klassen sowohl für Lehrer wie für Schüler nachteilig sind. Wenn die Schülerzahl sinkt, könnte man Klassen für 15 bis 20 statt für 35 bis 40 Schüler bilden.

GR Ascherl kündigte im Schlußwort an, er werde auf die grundsätzlichen Ausführungen von Prof. Wolfram bei einem anderen Tagesordnungspunkt zurückkommen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Und Schulbau

Nach der Berichterstattung durch Gemeinderätin Karoline Pluskal (SPÖ) beschäftigte sich ihr Fraktionskollege Franz Ascherl mit dem Schulneubau in Wien. Der Antrag selbst hatte die Errichtung einer 24klassigen Haupt- und Sonderschule in Liesing mit einem Kostenaufwand von 54,3 Millionen Schilling zum Gegenstand. Ascherl wies darauf hin, daß in der heutigen Sitzung insgesamt neun Anträge zum Neubau von Schulen mit insgesamt 110 Klassen dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorlägen. Die präliminierten Gesamtkosten machten 254 Millionen Schilling aus. Besonders hob der Redner hervor, daß auch zwei Rundturnhallen errichtet werden würden. Obwohl die Zahl der Schüler in Wien ständig zunehme - man rechne 1975/76 mit etwa 120.000 Schülern in den Pflichtschulen, während es derzeit rund etwa 105.000 seien - habe in Wien der Wechselunterricht bisher immer vermieden werden können.

Abstimmung: einstimmig.

Stadtforschung

Markus Bittner (ÖVP) beantragte sodann, dem Institut für Stadtforschung für das heurige Jahr einen Mitgliedsbeitrag von einer Million und als Subvention einen Betrag von zwei Millionen Schilling auszuzahlen.

Joachim Müller (DFP) sprach sich gegen die Subvention für das Institut für Stadtforschung aus, weil aus dem Akt gar nicht hervorgehe, wofür das Geld benötigt würde.

In seinem Schlußwort erwiderte Bittner, daß sehr wohl die neuen Vorhaben dieses Institutes aus den Unterlagen hervorgingen.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

3. Wasserleitung:

Stadtrat Kurt Heller (SPÖ) legte dem Gemeinderat den Antrag auf den beschleunigten Bau der III. Wiener Wasserleitung vor. Im einzelnen wird mit Kosten von 560 Millionen Schilling bei einer Bauzeit von rund vier Jahren gerechnet. Vom zuständigen Ministerium wurde eine Entnahme von 742 Sekundenliter genehmigt, das ist eine Tagesentnahme von 64.000 Kubikmeter.

Gemeinderat Müller (DFP) forderte in der Debatte die Errichtung eines eigenen Leitungsnetzes für Nutzwasser. Gemeinderat Dr. Schmidt (FPÖ) sprach von dem "lange erwarteten Startschuß", der vielleicht das Ende der Durststrecke in der Wiener Wasserversorgung signalisier^e. Gemeinderat Dr. Strunz (ÖVP) erinnerte an Gasgranaten, die in Großmittel lagern. Gemeinderat Stockinger (SPÖ) dankte Landwirtschaftsminister Dr. Weihs für seinen Einsatz für die III. Wasserleitung.

Im Schlußwort verwies Stadtrat Heller auf die gut funktionierende Verbundwirtschaft: Wien versorgt 40 niederösterreichische Gemeinden mit Wasser, darunter Mödling, Neunkirchen, Schwechat und Klosterneuburg. Die Sache mit den Gasgranaten werde im Einvernehmen mit dem Innenministerium hoffentlich bald bereinigt werden können.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

U-Bahn

Über die Erweiterung des Sachkredites für die Vorarbeiten im dritten Bauabschnitt der U-Bahnlinie 1 (Stephansplatz-Nestroyplatz) referierte GR. Glaser (SPÖ). Diese Vorarbeiten betreffen hauptsächlich Strassensanierungen, Verkehrsverbesserungen und die Umlegung der Straßenbahnlinien 0 und 26, der Sachkredit soll von derzeit 84,5 Millionen um 4,5 Millionen Schilling erhöht werden.

GR. Hoffmann (ÖVP) gab seinen Bedenken Ausdruck, ob die Bauarbeiten in der Innenstadt, wie zugesichert, bis zum Heiligen Abend beendet werden können.

GR. Glaser versicherte, daß alle Arbeiten bis Ende November beendet und auch die Bauhütten entfernt sein werden und verwies auf die Errichtung der provisorischen Fußgängerzone.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Sportabzeichen

Über die Schaffung eines Wiener Sport- und Turnabzeichens für Schüler (WISTA) referierte GR. Wiesinger (SPÖ). Dieses Abzeichen soll Anreiz sein, daß mehr Sport betrieben wird.

GR. Dr. Rudolf Müller (SPÖ) verwies auf das bei Reihenuntersuchungen festgestellte Ansteigen von Haltungsschäden und organischen Leiden bei Kindern und Jugendlichen. Die Ursache ist Mangel an Bewegung. Das Wiener Sport- und Turnabzeichen für Schüler werde zwar keine schlagartige Verbesserung bringen, stellt aber einen nützlichen Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit dar.

Der Berichterstatter verzichtete auf das Schlußwort.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Bausperre

GR. Dinhof (SPÖ) beantragt die Ausdehnung der Bausperre für ein Gebiet entlang der Verbindungsbahn im 13. Bezirk, um die nötigen Planungen für die Verbindungsbahn und die künftige Wiener Vorortestraße, die B 222, vornehmen zu können.

./.

GR. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) bemängelt, daß die Bausperre ein größeres Gebiet umfaßt, als für die genannten Planungen notwendig erscheint. Man habe sich die Arbeit leicht gemacht und Straßenzüge einbezogen, die für eine Trossenführung niemals in Frage kommen können. Darüber hinaus wäre es unverantwortlich, ein ruhiges Wohngebiet zu zerstören.

GR. Dinhof erklärt, daß für den Ausbau der künftigen Verkehrswege vorgesorgt werden muß. Der geplante ~~Vororte~~-Straßenring erweise sich als notwendig, er wird nicht zuletzt auch zu einer Entlastung des Bereiches der Kennedy-Brücke beitragen.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Bebauungsplanänderung im Bereich der Billrothstraße

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) beantragt die Abänderung des Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Billrothstraße, Pyrker-gasse, Kreindlgasse und Gatterburggasse im 19. Bezirk. Die Änderung ist aus verkehrstechnischen Gründen notwendig und um die Baulinie in der Billrothstraße zurückverlegen zu können.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt, daß für die geplante Abänderung wahrscheinlich andere Gründe als die angegebenen maßgebend seien. Man plane im Bereich der neuen städtischen Wohnhausanlage die Errichtung einer Ladenzeile und von Garagen. Beides passe nicht in die Struktur dieses Gebietes. Außerdem bestünde in dem genannten Bereich kein Bedarf an zusätzlichen Geschäftslokalen.

GR. Ing. Hofstetter stellt fest, aus dem Antrag gehe klar hervor, daß die Umwidmung aus Verkehrsrücksichten erfolgt. Das Zurückversetzen der Wohnhausanlage ist nicht nur aus Verkehrsgründen zweckentsprechend, es erhöht auch den Wohnwert.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Parkplätze

GR. Deistler (SPÖ) legte den Antrag vor, für die Bewohner des Goethehofes in der Schüttaustraße mit einem Kostenaufwand von 490.000 Schilling Kfz-Abstellplätze anzulegen.

GR. Krenn (FPÖ) erklärte, daß Parkplätze nicht auf Kosten von Fußgeherreservaten und Kinderspielplätzen geschaffen werden dürften. Die Mieter des Goethehofes seien mit dieser Frage nicht befaßt worden. Die Abstellfläche bringe Lärm und Gestank in die Höfe.

GR. Schemer (SPÖ) sagte, daß sein Vorredner die Situation im Goethehof offenbar nicht kenne. Seit langem bemühen sich die Mieter im Einvernehmen mit der Bezirksvorstehung und dem Magistrat, eine Lösung des Problems zu finden. Im Goethehof werden nämlich seit langer Zeit völlig unkontrolliert Autos abgestellt, zum Teil auf den Gehsteigen. In der Badesaison benützen viele Besucher des Gänsehäufels und anderer Bäder die Höfe im Goethehof als Abstellplätze. Die Belästigung der Mieter ist bereits unerträglich geworden. Deshalb wurden auf einer asphaltierten Fläche im Mittelhof, die weder von den älteren Mietern noch von den Kindern frequentiert wurde, bereits Abstellplätze angelegt. Nun werden solche auf einer Fläche außerhalb des Hofes geschaffen. Zugleich werden die Nebenhöfe als Erholungsfläche weiter ausgestaltet, überdies gibt es in unmittelbarer Nähe weitere Grünflächen. GR. Schemer wandte sich gegen eine ORF-Sendung, in der das gleiche Thema behandelt wurde. Konstruierte Aufnahmen mit Kindern aus anderen Höfen und willkürlich zusammengestellte Teile von Interviews wurden zu einem Gruselfilm gemixt, der als Meinungsmanipulation bezeichnet werden muß. Typisch dafür ist, daß die ORF-Leute den Vorschlag von Mietern, ungefährdet spielende Kinder in den Nebenhöfen aufzunehmen, abgelehnt haben. GR. Schemer schloß mit der Feststellung, daß hier die Gemeindeverwaltung im Einvernehmen mit den Mietern die bestmögliche Lösung gefunden habe.

GR. Deistler verwies im Schlußwort nochmals darauf, daß die neue Parkfläche nicht im Goethehof, sondern außerhalb der Wohnanlage liegt.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Fleischmarkthalle

Den Grundsatzbeschuß zum Neubau einer Halle für den Fleischdetailhandel beziehungsweise den Viktualienhandel im Bereich des Zentrums Landstraße beantragte und begründete sodann Stadtrat Otto Pelzelmayer: Der Fleischdetailmarkt müsse bekanntlich von seinem jetzigen Standort verschwinden und ebenso müsse die alte Viktualienhalle ersetzt werden. Die neue Halle werde anstelle

./.

der jetzigen Viktualienhandelhalle errichtet. Es gäbe noch keine Detailplanung und daher noch keine Kostenschätzung. Für das kommende Jahr stünden allerdings 300.000 Schilling für Planungen zur Verfügung.

In der Debatte beschäftigte sich zunächst GR. Krenn (FPÖ) mit diesem Vorhaben, wobei er vor allem auf die Notwendigkeit hinwies, ausreichende Parkmöglichkeiten für die Kunden zu schaffen. Auch solle man berücksichtigen, daß die Gewerbetreibenden der Viktualienhandelhalle durch eine zweimalige Übersiedlung nicht zu sehr geschädigt würden. Obwohl seinerzeit Stadtrat Prutscher schon angekündigt hatte, der Fleischgroßmarkt werde 1970 nach St. Marx übersiedeln, sei noch immer nicht abzusehen, wann die neuen Anlagen in St. Marx nun fertig würden.

GR. Haag (ÖVP) ging ebenfalls auf die Geschichte der Planungsabsichten ein und erwähnte, daß es sich nun bereits um den dritten Plan handle. Die Absiedlung des Fleischgroßmarktes werde nun voraussichtlich Mitte des kommenden Jahres möglich sein. Haag wies darauf hin, daß derzeit noch niemand gekündigt sei und sprach die Hoffnung aus, daß alle Gewerbetreibenden, die dies wünschten, auch in der neuen, zweigeschossigen Halle untergebracht werden könnten. Das Interesse der Betroffenen sei auch daran abzusehen, daß sich bereits eine eigene Interessengemeinschaft gebildet habe. Haag zitierte sodann aus einer IFES-Untersuchung: 35 Prozent der Kunden kämen mit dem eigenen PKW zum Einkaufen, 46 Prozent mit der Straßen- oder Stadtbahn und schließlich 16 Prozent mit der S-Bahn.

Auch GR. Walter Seeböck (SPÖ) ging auf diese Untersuchung ein und gab bekannt, daß wöchentlich 50.000 Konsumenten den Fleischdetailmarkt und 60.000 Kunden den Viktualienmarkt besuchten. Die Untersuchung habe erwiesen, daß es sich hier eindeutig um einen überregionalen Markt mit einem ausgezeichneten Image handle. Vor allem die Kunden des Fleischmarktes hätten angegeben, daß sie sich monatlich zwischen 50 und 150 Schilling ersparten. Schließlich wies Seeböck noch darauf hin, daß der Marktbetrieb durch den Umbau keinerlei Unterbrechung erfahren dürfe.

In seinem Schlußwort erklärte Stadtrat Pelzelmayer, es sei selbstverständlich nicht an eine Unterbrechung des Marktbetriebes gedacht und ebenso sei es für die Stadtverwaltung klar, die Planung des Neubaus einvernehmlich mit den Betroffenen vorzunehmen.

Abstimmung: Einstimmig.

./.

Kredite für Gastgewerbe

GR. Hofstetter (SPÖ) beantragte die Verlängerung der zinsfreien Kreditaktion für Wiener Gast- und Schankbetriebe. Zwischen 1972 und 1975 werden 20 Prozent des Getränkesteueraufkommens der Stadt Wien (Obergrenze 25 Millionen Schilling jährlich) dafür zur Verfügung gestellt, wobei nur die Hälfte des Kreditbetrages zurückzuzahlen ist. Zusätzlich kann der Kredit auch mit maximal 100.000 Schilling im Einzelfall für Investitionen zur Vermeidung von Lärm- und Geruchsbelästigung in Anspruch genommen werden.

In der Debatte würdigte GR. Edlinger (SPÖ) die in diesem Geschäftsstück zum Ausdruck kommende positive Einstellung der Wiener Stadtverwaltung gegenüber der gewerblichen Wirtschaft und ihren Problemen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Subventionen für Jugendorganisationen

GR. Dinhof (SPÖ) legte den Antrag auf Gewährung jährlicher Subventionen ab 1971 an folgende Organisationen vor: "Junge Generation" (450.000 Schilling), "Wiener Jugendfreunde" (225.000) und "Ring Freiheitlicher Jugend", Landesgruppe Wien (30.000).

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Friedhofsbus

Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf den Friedhofsbus auf dem Zentralfriedhof. Stadträtin Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) beantragte die Genehmigung des Vertrages, der mit der Firma Dr. Richard abgeschlossen wurde.

Als einziger Debattenredner bezweifelte GR. Dr. Tuma (DFP), ob der Friedhofsbus an Wochentagen jene Fahrgastfrequenz aufweisen werde, die den Betrieb rentabel erscheinen läßt. Darüber hinaus hätte statt eines Dieselfahrzeuges besser ein Elektrobuss eingesetzt werden sollen.

Stadträtin Dr. Schaumayer zerstreute in ihrem Schlußwort alle Bedenken hinsichtlich mangelnder Frequenz; an den bisherigen sechs Betriebstagen wurden ausreichende Benützerzahlen festgestellt. Ein Elektrobuss sei für das Friedhofsgelände zweifellos günstiger, leider gäbe es aber noch kein derartiges Fahrzeug.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Schluß des Gemeinderates um 15.45 Uhr.

- - -

Gemeinderat (Nachlese)

=====

Wien, 22.10. (RK) Auf der Tagesordnung des Gemeinderates stand Freitag eine große Anzahl von Grundtransaktionen und Subventionen, die ohne Debatte genehmigt wurden. Der Bausektor war ebenfalls sehr stark vertreten. Wohnhausbauten wurden unter anderem für den 10. Bezirk (Per Albin Hansson-Siedlung-Ost, 415 Wohnungen, 224 Millionen Schilling) und den 11. Bezirk (Mühlsangergasse 499 Wohnungen, 165 Millionen Schilling) beschlossen. Der Bau mehrerer Verkehrsampeln wurde bewilligt, darunter mehrerer Anlagen im 13. Bezirk. 9,6 Millionen Schilling wurden für den Ausbau des Liesinger Platzes genehmigt. Der Bau einer Berufsschule für das Gastgewerbe wurde vom Gemeinderat mit 22,5 Millionen Schilling dotiert.

- - -

20.000. Besucher in der München-Ausstellung
=====

Wien, 22.10. (RK) Den 20.000. Besucher in der München-Ausstellung in der Volkshalle des Wiener Rathauses konnte Freitag, Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner begrüßen. Der Jubiläumsgast war eine "Sie", nämlich Frau Annemarie Thurner, eine gebürtige Kärntnerin, die gegenwärtig in Wien Leibeserziehung studiert und gemeinsam mit ihrer Freundin die Ausstellung besuchte. Sie erhielt von Frau Fröhlich-Sandner als Geschenk der Münchner Stadtverwaltung eine Einladung für einen Wochenendaufenthalt für zwei Personen in der Bayrischen Metropole überreicht.

Die Präsentation über Münchens Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft wird noch bis einschließlich Sonntag, 24. Oktober, täglich von 10 bis 19 Uhr, bei freim Eintritt geöffnet bleiben. Schon jetzt kann aber gesagt werden, daß München die publikumswirksamste Städteausstellung in der Volkshalle des Wiener Rathauses gezeigt haben wird.

1525

Verstärkter Friedhofsverkehr
=====

Wien, 22.10. (RK) Anlässlich der bevorstehenden Totengedenktage führen die Wiener Verkehrsbetriebe von Dienstag, den 26. Oktober, bis Dienstag, den 2. November, wieder einen verstärkten Verkehr zum Zentralfriedhof durch. Ab 26. Oktober wird außer der Linie 71 auch die Linie 6 (ab Mariahilfer Straße/Gürtel über den Gürtel und die Geiselbergstraße) zum Zentralfriedhof geführt. Am Sonntag, dem 31. Oktober, kommen dazu noch die Linien 29 (Bahnhof Brigittenau - Taborstraße - Landstraßer Hauptstraße) und 35 (Newaldgasse - Porzellangasse - Ring - Rennweg), am 1. November außerdem noch die Linie 22 (Reichsbrücke - Praterstraße - Landstraßer Hauptstraße), 46 (Bahnhof Ottakring - Thaliastraße - Ring - Rennweg) und 74 (Ringturm - Franz Josefs-Kai - Landstraßer Hauptstraße). Am 2. November werden außer der Linie 71 noch die Linien 6 und 74 zum Zentralfriedhof geführt.

Am 26. Oktober (Nationalfeiertag) und am 1. November (Allerheiligen) gilt bei den Wiener Verkehrsbetrieben der Sonntagstarif.

1420

Carl Schindler zum Gedenken

=====

18 Wien, 22.10. (RK) Auf den 23. Oktober fällt der 150. Geburtstag des Malers Carl Schindler, der 1821 in Wien geboren wurde.

Seine Begabung zeigte sich sehr früh, so daß er mit 15 Jahren sein Studium an der Akademie begann und ein Jahr darauf Schüler von Leopold Kupelwieser wurde. Von großer Bedeutung für die weitere künstlerische Entwicklung von Carl Schindler war die Begegnung mit Peter Fendi. Mit 17 Jahren erhielt Carl Schindler seinen ersten großen Auftrag: der Verlag L.T. Neumann bestellte bei ihm eine Reihe von Vorzeichnungen für die lithographische Serie "k.k. österreichische Armee". Etwa 1840 entstanden die Vorzeichnungen für die Folge "Der Krieg in plastischer Darstellung" im Verlag Trentsensky. Die ersten Ölbilder von Carl Schindler entstanden 1837. Es handelt sich um Militärszenen, deren freier und lockerer Pinselstrich den anfänglichen Einfluß von Peter Fendi zeigt.

In der Österreichischen Galerie befinden sich die beiden Hauptwerke "Die Schildwache ins Gewehr rufend" und "Der Wachtposten". In dramatischen Schlachtszenen verbindet sich bei Carl Schindler die österreichische barocke Tradition mit der zeitgenössischen Biedermeiermalerei. Der hochbegabte Künstler, dessen Malerei dann für die Entwicklung von Friedrich Treml und August von Pettenkofen sehr wichtig wurde, starb in Laab im Walde im Alter von 21 Jahren am 22. August 1842. Das Historische Museum der Stadt Wien besitzt zahlreiche Werke dieses Künstlers.

1411

Die Sendung des Wiener Bürgermeisters

=====

14 Wien, 22.10. (RK) Morgen Samstag spricht Bürgermeister Felix Slavik um 13.20 Uhr in Österreich-Regional in der Sendung des Wiener Bürgermeisters über die Absicht, ein Kuratorium zur Beratung und Betreuung von Gastarbeitern ins Leben zu rufen. Als zweites Thema behandelt der Bürgermeister die Freigabe von Rasenflächen in Wiener Parkanlagen.

NPT: "Erziehungsarbeit" bei Baufirmen vordringlich
=====

Wien, 22.10. (RK) Netzplanfachleute aus ganz Österreich waren Freitag ins Wiener Rathaus gekommen, um erstmals eine Expertenkonferenz über die Anwendung der Netzplantechnik (NPT) im öffentlichen Bauwesen abzuhalten. In Begrüßungsworten, die Obersenatsrat Dipl.-Ing. Seda namens des Hochbaustadtrats Pfoch und des Stadtbaudirektors Prof. Dipl.-Ing. Dr. Koller überbrachte, wurde auf die Initiativen Wiens hinsichtlich der Anwendung dieser modernsten Methode zur Überwachung von Terminen und Kosten beim Ablauf eines Bauprojektes verwiesen (vgl. "Rathaus-Korrespondenz" vom 21. Oktober, Blatt 2999 und 3000: "Wien führend in der Netzplantechnik").

Die Stadtbauamtsdirektion orientiert sich dabei nach Organisationsschemen deutscher Großbetriebe. Der Gruppe "Sonderaufgaben", die Obersenatsrat Dipl.-Ing. Kowarc leitet, wurde das Referat III als Stabstelle für Projektsteuerung unter Leitung von Dipl.-Ing. Honsig eingegliedert, womit eine möglichst effektive Zentralisierung angestrebt wird. Freilich bedarf es nach Ansicht der Fachleute noch einer intensiven Informationstätigkeit und einer oft schwierigen "Erziehungsarbeit" bei den ausführenden Baufirmen, um die Netzplantechnik so weit wie möglich durchzusetzen. Die Experten der Baudirektion haben bereits Vertragsbedingungen für die Anwendung der NPT auf Baustellen der Stadt Wien erarbeitet, wonach bei Ausschreibungen den Anbietern die Vorlage eines Netzplanes für die Abwicklung des Projektes vorgeschrieben werden kann.

Erfolg der Musiklehranstalten der Stadt Wien beim Leobner
=====

Jugendwettbewerb
=====

Wien, 22.10. (RK) An dem vom 12. bis 17. Oktober von der Musikalischen Jugend Österreichs in Leoben veranstalteten 2. Instrumentalwettbewerb nahm eine größere Zahl von Studierenden des Konservatoriums und der Musikschulen der Stadt Wien mit großem Erfolg teil. In der Gruppe 1 (Zehn- bis 14jährige) des Solistenwettbewerbes wurden die Geigerin Klara Flieder (Kl. Prof. Margarete Biedermann, Konservatorium) und die Cellistin Eva Landkammer (Kl. Hedwig Kont, Musikschule 9), in der Gruppe 2 (15- bis 17jährige) die Gitarristin Ingeborg Matuška (Kl. Prof. Gertraud Kocourek, Leiterin der Musikschule 22) mit dem ersten Preis ausgezeichnet. Zweite Preise errangen in der Gruppe 2 der 15jährige Erich Höbarth (Kl. Prof. Biedermann) und die Gitarristin Susanne Spat (Kl. Christine Rath, Musikschule 21), in der Sondergruppe Anca Monica Pandelea (Kl. Dianko Iliew, Konservatorium), einen dritten der zwölfjährige Johannes Flieder (Kl. Prof. Biedermann).

Auch bei der Ensemblebewertung konnten schöne Ergebnisse erzielt werden. Das aus 16 Studierenden der Violinklasse Prof. Biedermann und der Celloklassen der Professoren Richard Matuschka und Viktor Görlich gebildete Streicherensemble des Konservatoriums und das Klaviertrio Klara-Johannes Flieder - Otto Probst (Kl. Prof. Bohnenstingl, Konservatorium) erhielten den ersten Preis, an zweiter Stelle figurierten das Geigen-duo Elfriede Hallama-Martha Rauscher und das Geigenquartett Martha Rauscher-Hanna Karzel-Maria Steinkogler-Elfriede Hallama, an dritter das aus den Geschwistern Flieder (der neunjährige Cellist Raphael ist Schüler von Prof. Matuschka) bestehende Streichertrio.

Klara und Johannes Flieder wurden außerdem noch mit dem von der Jury gestifteten Sonderpreis bedacht. Sonderprämien für Klavierbegleitung wurden Otto Probst und Renate Grell (beide Kl. Prof. Bohnenstingl, Konservatorium), Belobigungen für solistisches Klavierspiel Otto Probst und Gabriele Riedl (Kl. Prof. Heeger, Konservatorium) zugesprochen.

Anerkennung für Bregenzer Festspiele
=====

9 Wien, 22.10. (RK) Die Generalversammlung der Vereinigung europäischer Musikfestspiele, die heuer in Amsterdam abgehalten wurde, wählte das junge französische Kammermusikensemble "Trio Fontana Rosa" zum Preisträger 1972 der Festivalvereinigung. Das Ensemble wird im kommenden Jahr auf Grund dieses Erfolges bei den meisten europäischen Festspielen Konzerte geben. Weiter wurden auf Antrag des Wiener Festwochen-Intendanten Ulrich Baumgartner die Bregenzer Festspiele angesichts des hohen künstlerischen Niveaus ihrer Veranstaltungen einstimmig in die Organisation aufgenommen.

1108

Die Tochter Karl Valentins in Wien
=====

Wien, 22.10. (RK) Freitag nachmittag kam die Tochter des bayrischen Komikers Karl Valentin, Frau Bertl Böheim-Valentin, nach Wien, um im Ausstellungsraum des Kulturamtes die Gastpräsentation des Münchner "Valentin-Musäums" zu besichtigen. Frau Böheim-Valentin erfüllte zahlreiche Autogrammwünsche und zeigte sich von dem Arrangement der Ausstellung sehr beeindruckt.

Das "Valentin-Musäum", ein Teil der Münchner Wochen in Wien, ist noch Samstag, den 23. Oktober (10 bis 18 Uhr) und Sonntag, den 24. Oktober (10 bis 16 Uhr), geöffnet.

- - -

Jagdausstellung in der Hermes-Villa:

10.000ster Besucher

=====

Wien, 22. 10. (RK) In der Hermes-Villa im Lainzer Tiergarten konnte Freitag der 10.000ste Besucher in der Österreichischen Jagdausstellung begrüßt werden. Der Jubiläumsgast, Herr Otto Prantl aus Wien - er war mit seiner Gattin in die Ausstellung gekommen - wurde von Altbürgermeister Bruno Marek und Forstdirektor Dr. Herbert Tomiczek begrüßt. Zur Erinnerung an seinen Besuch erhielt er neben verschiedenen Geschenken auch einige Bücher über die Jagd. Obwohl selbst nicht Jäger, zeigte sich der Jubiläumsgast über dieses Präsent sehr erfreut.

Bei der Jagdausstellung handelt es sich bekanntlich um die Gesamtheit jener Exponate, die als österreichischer Beitrag bei der Weltjagdausstellung im Sommer in Budapest gezeigt wurden. Sie besteht aus einer Trophäenschau, einer Schau "Mensch und Natur" und einer gewerblich-industriellen Exposition. Die Ausstellung, die noch bis 31. Oktober geöffnet bleibt, kann täglich von 9 bis 17 Uhr besichtigt werden.